

## **Beschluss des Studierendenparlamentes vom 26. Januar 2017**

### **Wissenschaftliche Erkenntnisse der Gesellschaft zugänglich machen, wissenschaftliche Arbeit besser bezahlen: Für einen VG Wort-Rahmenvertrag, der allen zugutekommt.**

#### **Was ist die VG Wort?**

„Brotlose Kunst“. Nach wie vor gelten Kunst, Kultur und Wissenschaft zwar als bisweilen „schön“, aber doch letztendlich nutzlos, bzw. nur dann von Nutzen, wenn sich aus ihnen Profitables machen lässt.

Daher liegt der Durchschnittsverdienst von Literat\*innen immer noch deutlich unter denen von Rüstungsproduzent\*innen – im krassen Widerspruch dazu, dass erstere häufig Förderliches für die Menschheit produzieren, letztere nie.

Damit dennoch unter privatwirtschaftlichen Bedingungen Kunst- und Kulturschaffende die materielle Grundlage ihres Lebens sicherstellen können, haben sich mit der dominanten Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft im 18. Jahrhundert in Selbstorganisation die sogenannten „Verwertungsgesellschaften“ konstituiert.

Zu Ihnen gehört unter anderem die „VG Wort“. Sie nimmt die Rechte der Autor\*innen von Sprachwerken aller Art und den Verlagen wahr und trägt dafür Sorge, dass diese Tantiemen aus der Zweitverwertung erhalten.

Eine solche Zweitverwertung von Sprachwerken bildet eine wesentliche Grundlage der Arbeit der Hochschulmitglieder insbesondere bei Lehrmaterial.

Bislang haben die Hochschulen diese Zweitverwertung von geistiger Produktion pauschal mit der VG Wort abrechnen können.

#### **Was ist der aktuelle Konflikt?**

Mit der Weiterentwicklung von Kopiermöglichkeiten und der Digitalisierung werden die Einnahmen durch die Erstverwertung für die Schaffenden der Schriftwerke immer geringer und die Bedeutung der Zweitverwertung steigt immer mehr.

Gerade in den Hochschulen fällt dieser Trend stark ins Gewicht. Mit der inhaltlichen Verflachung durch das Bologna-System geht einher, dass Werke häufig nur noch auszugsweise in Skripten Niederschlag finden, nicht mehr aber in Gänze als einzelne Werke behandelt werden und daher auch keinen Eingang in die Bücherregale finden.

Auch führt die Kürzungspolitik gegenüber den Hochschulen dazu, dass diese immer weniger in der Lage sind angemessene Pauschalen an die VG Wort zu zahlen.

Vor diesem Hintergrund ist einzuordnen, dass die VG Wort gegen das bisherige Verfahren geklagt hat mit dem Erfolg eines Verfassungsgerichtsurteils, welches beinhaltet, dass jede einzelne Verwendung von Werken in Skripten oder in digitalen Semesterapparaten auch einzeln abgerechnet werden soll.

Der Rahmenvertrag zwischen VG Wort und der Kultusministerkonferenz, der dieses Verfahren regeln sollte, ist nun, insbesondere weil die Hochschulen erheblichen Mehraufwand und

dadurch entstehende Mehrkosten befürchteten, gescheitert.

### **Wie geht es weiter? Wie soll es weitergehen?**

Mit der Einrichtung einer neuen Verhandlungsgruppe der VG Wort und der Kultusministerkonferenz (KMK) besteht nun die Möglichkeit, zu einer vernünftigen Lösung zu kommen.

Bis zur Klärung wird das alte Verfahren mit den Pauschalen fortgesetzt. Das Studierendenparlament hält folgende Eckpunkte einer neuen Vereinbarung für notwendig und fordert die Wissenschaftssenatorin aus Hamburg auf, entsprechend bei den Verhandlungen einzugreifen:

- Eine angemessene Vergütung, die die Lage der Autor\*innen verbessert und nicht verschlechtert, muss sichergestellt werden.
- Die finanzielle Ausstattung der Hochschulen mit Grundmitteln muss deutlich verbessert werden, nicht nur, um die zu erwartenden Mehrausgaben zu decken, sondern auch, um die jahrzehntelange Unterfinanzierung zu beheben.
- Ein Verfahren sollte gefunden werden, dass für die Hochschulen möglichst wenig Aufwand jenseits der Kernaufgaben von Forschung, Lehre und Selbstverwaltung bedeutet. Diese sind bereits jetzt schon mit dem neoliberalen „new public management“, überbordendem Drittmittelinwerbungsaufwand, Evaluationshysterie und restriktiver Studierverhaltenskontrolle stark eingeschränkt.
- Da die Produktion – auch die geistige – prinzipiell eine gesellschaftliche und nie eine rein individuelle ist, ist von der VG Wort zu prüfen, ob bei ausreichender Gesamtbezahlung eine Pauschalabrechnung der Realität nicht besser gerecht wird, als eine den neoliberalen Ideologemen der Eigenverantwortung und Leistungsfähigkeit aufsitzende Einzelabrechnung.

Die Auseinandersetzung verdeutlicht über die Verhandlungen zwischen VG Wort und KMK hinaus folgende weitere Entwicklungserfordernisse:

- Die progressive Studienreform, die auf kritische Persönlichkeitsbildung in verantwortlichem Gesellschaftsbezug setzt, muss weiter vorangetrieben und beschleunigt werden, für exemplarisches Lernen und Vertiefung statt Bulimielernen und markorientierte Oberflächlichkeit. Damit wird auch die Würdigung von Gesamtwerken wieder gestärkt und damit die Erstverwertung von Schriftwerken.
- Das Urheberrechtsgesetz sollte dahingehend überarbeitet werden, dass in staatlichen und staatlich finanzierten Einrichtungen produzierte Werke bereits in der Produktion so ausreichend honoriert werden, dass die Erst- und Zweitverwertung insbesondere in öffentlichen Bildungseinrichtungen entfallen kann. Die in staatlich finanzierten Einrichtungen generierten Erkenntnisse sollten allen Mitgliedern der Gesellschaft kostenfrei zugänglich gemacht werden. Zugleich muss verhindert werden, dass Dritte mit dem kostenfreien Zugang ihrerseits wieder Geschäfte machen.

Sinnvolle, anregende und bereichernde wissenschaftliche und künstlerische Arbeit, der allgemeine Zugang zu geistigen Hervorbringungen und eine soziale Entwicklung zur materiellen Absicherung der Kultur- und Wissenschaftsschaffenden bilden eine untrennbare Einheit.